

**DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER**

**DIE JUNGEN  
UNTERNEHMER**

# RESTART BREMEN!

Forderungen von **DIE FAMILIENUNTERNEHMER**  
und **DIE JUNGEN UNTERNEHMER** in Bremen  
zur Bürgerschaftswahl 2023



**Bürgerschaftswahl  
Bremen 2023**

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Moderne Bildung</b>	<b>4</b>
<b>2. Praxistaugliche Verkehrspolitik</b>	<b>5</b>
<b>3. Bezahlbarer Wohnraum für eine wachsende Stadt</b>	<b>6</b>
<b>4. Dynamische Stadtentwicklung</b>	<b>7</b>
<b>5. Effiziente Verwaltung</b>	<b>8</b>
<b>6. Generationengerechter Haushalt</b>	<b>9</b>

## Impressum | Kontakt

### Ein Forderungskatalog von

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

[kontakt@familienunternehmer.eu](mailto:kontakt@familienunternehmer.eu) | [kontakt@junge-unternehmer.eu](mailto:kontakt@junge-unternehmer.eu)

[www.familienunternehmer.eu](http://www.familienunternehmer.eu) | [www.junge-unternehmer.eu](http://www.junge-unternehmer.eu)

### Ansprechpartner

Peter Bollhagen | Landesvorsitzender von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Bremen

Tel. 04 21 487 42 4 | [bollhagen@familienunternehmer.eu](mailto:bollhagen@familienunternehmer.eu)

Moritz Stich | Regionalvorsitzender von DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Bremen

Tel. 04 21 83 75 83 | [moritz.stich@waescherei-stich.de](mailto:moritz.stich@waescherei-stich.de)

Bremen, April 2023

# ReStart Bremen!

Bremen ist die Heimat von leistungsstarken Mittelständlern und innovativen Köpfen. Als Arbeitgeber und Ausbilder leisten Familienunternehmer einen entscheidenden Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir können Wandel seit Generationen, investieren in umweltfreundliche und digitale Technologien und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Grundvoraussetzung für eine Fortführung dieses wirtschaftlichen Erfolgs ist jedoch eine Politik, die wirtschaftliche Chancen nutzt und Unternehmen als Partner begreift.

Allerdings nehmen Tag für Tag Bürger und Unternehmer in Bremen wahr, dass viele Potentiale seit Jahren nicht gehoben werden: Ob in der Bildung, der Verkehrspolitik, bei der Entwicklung der Innenstadt oder der inneren Sicherheit – Stillstand oder Rückschritt sind häufiger anzutreffen als Fortschritt und Dynamik.

Leider hat es der Senat auch unter Rot-Grün-Rot nicht vermocht, eine Kehrtwende zu vollziehen: Das Institut für Wirtschaft verweist Bremen unter 71 deutschen Großstädten auf Platz 43. Die Probleme liegen auf vielen Ebenen: In Bildungsstudien bleibt Bremen bundesweit Schusslicht. Das Bild der Innenstadt wird durch Leerstände und Sauberkeitsmängel getrübt. Bei der Belastung durch Staus liegt Bremen in den Top 10 deutscher Großstädte. Der Mangel an Gewerbeflächen ist so eklatant, dass Unternehmen ins niedersächsische Umland ausweichen müssen.

Bremen braucht einen ReStart!

Um für Bürger und Unternehmen eine bessere Heimat zu sein, muss Bremen wirtschaftsfreundlicher und wettbewerbsfähiger werden. Der zukünftige Senat muss mit gezielten Anreizen und Entlastungen schnellstmöglich die Weichenstellungen vornehmen, damit Bremen trotz dieser Krisenzeiten als Standort für Wertschöpfung vor Ort attraktiver wird.

Eine Stimme für einen wirtschaftskompetenten Senat im Mai ist daher auch eine Stimme für ein Bremen, das seine Chancen endlich nutzt. DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Bremen zeigen auf, welche politischen Maßnahmen es für einen echten ReStart braucht!



Peter Bollhagen  
Landesvorsitzender  
DIE FAMILIENUNTERNEHMER  
Bremen



Moritz Stich  
Regionalvorsitzender  
DIE JUNGEN UNTERNEHMER  
Bremen

## 1. Moderne Bildung

Damit die Wirtschaft die Märkte von morgen bedienen kann, brauchen wir qualifizierte Arbeitskräfte. Branchenübergreifend wird die Fachkräftelücke jedoch immer größer. Als Familienunternehmer sind wir Jahr für Jahr Ausbilder der Nation, doch vielen Bremer Schulabgängern fehlt es beim Lesen, Schreiben und Rechnen an den notwendigen Grundkenntnissen.

Bei den Vergleichstests erreichte ein überdurchschnittlicher Anteil an Grundschulern nicht die Mindeststandards. Bei den Schulabbrechern liegt Bremen auf dem letzten Platz, fast jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Im INSM-Bildungsmonitor 2022 belegt Bremen im Bundesländervergleich Rang 16. Besonders in den Bereichen Bildungsarmut, Schulqualität und Integration herrscht erhebliches Verbesserungspotenzial.

Diese Zahlen senden ein erschreckendes Signal an junge Familien, die ihren Kindern die besten Bildungschancen ermöglichen wollen und an Unternehmen, die für ihren wirtschaftlichen Erfolg gut ausgebildete Arbeitnehmer vor Ort benötigen. Eine Zwangsabgabe über einen Ausbildungsfonds löst keine strukturellen Probleme, sondern belastet die Betriebe zusätzlich. Wir brauchen stattdessen eine leistungsorientierte Bildungspolitik, die die Zukunftschancen der Kinder in den Mittelpunkt rückt und unsere Schüler auf die Herausforderungen der Arbeitswelt vorbereitet.

- **Eine Aufwertung der beruflichen Bildung:** Bremen lebt von den vielen mittelständischen Betrieben in der Stadt. Um die Fachkräfte von Morgen auszubilden, braucht es eine bessere Ausstattung der beruflichen Schulen und eine Aufwertung der Berufsausbildung. Hierfür muss frühzeitig über berufliche und akademische Bildung in allen Schulformen informiert und Ausbildungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.
- **Nein zur Zwangsumlage von Unternehmen für einen Ausbildungsfonds:** Angesichts des grassierenden Bewerbermangels und zahlreichen offenen Ausbildungsstellen löst der geplante Ausbildungsfonds keine strukturellen Probleme. Für die Bremischen Unternehmen stellt er vielmehr eine zusätzliche Belastung dar, die Betriebe in anderen Bundesländern haben.
- **Mehr Praxisnähe:** Schülern fehlt der aktuelle Bezug ihrer Lehrinhalte zum Alltag. Es müssen Unterrichtskonzepte geschaffen werden, die Orientierung für das Berufsleben geben. In diesem Zusammenhang muss auch die Vermittlung ökonomischer Bildung mehr Gewicht erhalten, etwa in einem eigenständigen Schulfach Wirtschaft.
- **Flächendeckendes Schulfach Informatik:** Beim Informatikangebot an Schulen ist Bremen im Bundesvergleich weit hinten. Bremen muss endlich aufschließen und ein Schulfach Informatik ab Sekundarstufe I einführen. Denn Programmierkenntnisse und das Verständnis digitaler Anwendungen werden im Berufsleben immer wichtiger.
- **Kitausbau beschleunigen:** Bremen muss den Ausbau von Kitas beschleunigen und diese im Rahmen von flexibleren Öffnungszeiten an die Lebensrealität der Menschen anpassen. Durch verpflichtende Sprachtests und eine verstärkte Sprachförderung müssen alle Kinder gute Startchancen erhalten.
- **Abschaffung der Zivilklausel:** Durch die Verpflichtung auf den Verzicht militärischer Forschung trennt die Zivilklausel ausgerechnet Bremens ausgezeichnete Hochschulen von einem der wichtigsten Bremer Wirtschaftskluster, der Luft- und Raumfahrtindustrie, ab. Davon abgesehen ist der Versuch, aus politischen Motiven Forschung zu verbieten, ohnehin ein fragwürdiger Eingriff in die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre.

## 2. Praxistaugliche Verkehrspolitik

Die Gewerbetreibenden brauchen bei der Anlieferung ihrer Waren lastenstarke Verkehrsträger und müssen zeitgleich angesichts steigender Preise wettbewerbsfähig bleiben. Sie können weder auf den ÖPNV noch auf das Fahrrad umsteigen. Auch viele Arbeitnehmer sind aufgrund ihrer Lebenssituation und fehlender Alternativen vor Ort auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen. Ein Autoverbot in der Innenstadt ist daher realitätsfern. Arbeitnehmer und Arbeitgeber brauchen einen bedarfsgerechten ÖPNV und die praxistaugliche Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger.

Um das Verkehrsaufkommen zu bewältigen, müssen Angebote ausgeweitet und die Infrastruktur zukunfts- und kundenorientiert ausgebaut werden. Stattdessen wurden in den letzten Jahren Radwege ohne Gesamtkonzept geschaffen. Das mag medienwirksam sein und die eigene Klientel bedienen, schürt jedoch die Ressentiments der einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander und trägt zum Verkehrschaos bei. Eine Neuorganisation des Verkehrs darf daher nicht mehr mit Verboten, Erziehungsmaßnahmen und ideologisch geprägten Schnellschüssen vorstattengehen. Sie muss mit attraktiven Angeboten und einem langfristigen praxistauglichen Ansatz vorangetrieben werden.

- **Praxisnahe Verknüpfung aller Verkehrsträger:** Der zukünftige Senat muss endlich ein durchdachtes Gesamtkonzept vorlegen, das offen sowohl Fußgänger, Rad- als auch Autoverkehr berücksichtigt und attraktive Angebote durch den Ausbau des ÖPNVs schafft! Autofreie Zonen gehen an der Realität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorbei. Sie lösen nicht die wachsenden Verkehrsengpässe, sondern verschärfen sie.
- **Effizienten Wirtschaftsverkehr ermöglichen:** Erreichbarkeit ist auch für Zuliefer-, Entsorgungs- und Handwerkerverkehre gefragt. Eine autoärmere Innenstadt muss Wirtschaftsverkehr ermöglichen, auch durch ausreichend Haltemöglichkeiten. Bremen zählt zu den zehn am stärksten von Staus belasteten Großstädten in Deutschland.<sup>1</sup>
- **Pendeln erleichtern:** Um die Erreichbarkeit der Innenstadt für Pendler vom Stadtrand aus zu erleichtern, müssen weitere Park&Ride-Stationen errichten und die vorhandenen ausgebaut werden.
- **Digitale Potenziale nutzen:** Echtzeit-Daten können den Verkehrsfluss optimieren, Gefahrenquellen erkennen und damit Unfälle und Staus reduzieren. Um den ÖPNV bedarfsgerechter und kundenorientierter zu gestalten, muss mittels Informationstechnologie die vorhandene Infrastruktur besser genutzt werden.
- **Autobahnring rund um Bremen schließen:** Die Fertigstellung der A 281 darf sich nicht weiter verzögern. Die beiden verbleibenden Bauabschnitte müssen bis spätestens 2028 fertiggestellt und der Autobahnring geschlossen sein.
- **Brücken sanieren:** Die Bremer Weserbrücken sind nur noch eingeschränkt belastbar, wie eine Überprüfung gezeigt hat. Es braucht einen Sanierungsplan für Brücken und wesentliche Tangenten, um die Infrastruktur fit für die Zukunft zu machen.
- **Erweiterung des Technologieparks:** Der Technologiepark muss mit einer Verlängerung der Linie 8 und einem SPNV-Halt verbunden werden, an dem autonome und elektrifizierte Busse weitere Bereiche des Technologieparks anfahren können.
- **Flughafen stärken:** Es braucht zeitnah eine Süderweiterung der Airport-City zur Stärkung des Luftfahrtstandortes. Der Bremer Flughafen muss in seiner jetzigen Form erhalten bleiben und Gedankenspiele zur Umwandlung in einen reinen Werksflughafen beendet werden. Der Flughafen ist ein Standortfaktor, denn zum Anbahnen und Etablieren von Kundenbeziehungen braucht es regelmäßige, planbare Verbindungen mit dem Rest der Welt.

<sup>1</sup> Verkehrsdienstleister Inrix 2022. Bremen belegt Platz 9.

### 3. Bezahlbarer Wohnraum für eine wachsende Stadt

Ein attraktives Wohnungsangebot ist ein zentraler Standortfaktor, um Bremen für qualifizierten Zuzug von Fach- und Arbeitskräften interessant zu machen. Die tatsächliche Ursache hoher Mieten – die Angebotsknappheit – kann nur mit mehr Bauen bekämpft werden. Allerdings wurden in 2022 wurden rund 4 Prozent weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr. Ohne neue Wohnungen wird es aber in einer wachsenden Stadt keine Entspannung bei den Miethöhen geben.

- **Beschleunigung der Verfahren:** Es braucht mehr Tempo beim Bau und bei der Nachverdichtung durch eine Genehmigungsbeschleunigung. Neben dem Mangel an Bauland verhindern langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren Investitionen. Bremen braucht weniger Bürokratie, praxisnahe Bauvorschriften, mehr Bauland und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren!
- **Mehr Investitionsanreize:** Die ökologische Transformation im Gebäudesektor kann ein hochverschuldetes Land wie Bremen finanziell nicht stemmen. Um den Sanierungs- und Wohnungsbedarf in Milliardenhöhe zu decken, braucht es private Investoren. Zusätzliche Regulierungen verteuern das Bauen und Modernisierungen jedoch zusätzlich und schrecken Investoren dauerhaft ab. Hier braucht es eine Verschlankung der Bauordnung und mehr Investitionsanreize. Damit dringend benötigte Investitionen sich zudem rechnen und überhaupt getätigt werden, müssen die Kosten weitergegeben werden können – unabhängig davon, ob sie der energetischen Sanierung, der Schaffung neuen Wohnraums oder der nachhaltigen Verbesserung einer Mietsache dienen.

## 4. Dynamische Stadtentwicklung

Mit der Lage am Wasser und seinen historischen Bauwerken hat Bremen eine der schönsten Innenstädte Deutschlands. Gleichwohl sind Leerstände, ungelöste Dauerbaustellen und zahlreiche unattraktive Seitenstraßen offensichtlich. Anstatt ergebnisloser Innenstadtgipfel und jahrelangem Hin und Her braucht es endlich Klarheit, Tatkraft und Dynamik.

Aber Bremen muss nicht nur für seine Bürger und für Touristen attraktiver werden, sondern auch für Unternehmen: Ihnen müssen angemessene Gewerbeflächen angeboten werden können. Es fehlt an Flächen für Industrie, Gewerbe und Handwerksbetriebe in Stadt- und Kundennähe. Es darf nicht sein, dass Unternehmen deshalb regelmäßig ins niedersächsische Umland ausweichen müssen. Denn Gewerbeflächen sind die Voraussetzung für Beschäftigung, Neuansiedlungen sowie standortnahe Entwicklungsmöglichkeit von Bestandsbetrieben.

- **Erreichbarkeit der Innenstadt:** Eine attraktive Innenstadt muss für Menschen aller Altersklassen und aller Stadtteile gut erreichbar sein: Mit dem ÖPNV, dem PKW, dem Fahrrad und zu Fuß.
- **Private Investitionen erleichtern:** Die Innenstadt braucht ein attraktiveres Angebot aus Einkaufen, Gastronomie und Erlebnis. Hierfür ist allerdings Planungssicherheit für Investoren und eine klare Strategie erforderlich. Das jahrelange Hin und Her und ständig neue Luftschlösser wirken dagegen abschreckend. Es bedarf keiner ergebnislosen Innenstadtgipfel, sondern ein engagiertes Umsetzen und das Bemühen um attraktive Angebote.
- **Sicherheit erhöhen:** Vor allem in der Bremer Innenstadt und bei der Nutzung der ÖPNV hat sich das Sicherheitsempfinden der Bürger verschlechtert. Die Zahl der unbearbeiteten Fälle bei der Polizei ist auf knapp 21.200 angestiegen. Die Polizei und Justiz müssen dringend gestärkt werden. Die innere Sicherheit ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität und ein wichtiger Standortfaktor.
- **Angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik:** Bremen muss mehr Gewerbeflächen erschließen und die Flächenreserve deutlich erhöhen. Die gewerblichen Bauflächen wurden in den letzten zehn Jahren um 188 Hektar reduziert. Die Reserve an erschlossenen Flächen ist mit unter 10 Hektar viel zu gering.

## 5. Effiziente Verwaltung

Lange Wartezeiten auf Termine im Bürgeramt oder langwierige Genehmigungsverfahren zeigen die mangelnde Funktionstüchtigkeit der Bremer Verwaltung. Der fragwürdige Aufbau neuer Stellen – seit 2019 wurde das Personal in der Kernverwaltung von 14.600 auf über 16.000 Stellen erhöht – hat offensichtlich nicht zu besseren Ergebnissen geführt. Bürger und Unternehmer in Bremen erwarten darum eine bürokratiearme, effektive und digitale Verwaltung.

- **Einrichtung einer Clearingstelle:** Bremen sollte dem guten Beispiel anderer Bundesländer (u.a. NRW und Niedersachsen) folgen und eine Clearingstelle einrichten, die mittelstandsrelevante Gesetze und Verordnungen des Bremer Senats auf ihre Verträglichkeit für mittelständische Unternehmen überprüft. Die Bremer Familienunternehmen können die ökologische und digitale Transformation nur dann mitgestalten, wenn sie ihre Kräfte nicht für praxisferne Vorgaben verschwenden müssen.
- **Reform des Personalvertretungsgesetzes (PVG):** Die im PVG verankerte, im Bundesvergleich enorm umfangreiche Macht der Personalräte führt zur Lähmung bremsischer Dienststellen und verschleppt die Digitalisierung der Verwaltung. Eine Reform ist endlich erfolgen, um die Bremer Behörden zu modernisieren und als Dienstleister für Bürger zu stärken.
- **Schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse:** Als Reaktion auf den Fach- und Arbeitskräftemangel in Bremen muss die Anerkennung von Abschlüssen, Zertifizierungen und Qualifikationen aus Drittstaaten vereinfacht und die Gleichwertigkeitsprüfung beschleunigt werden.
- **Vereinfachung der öffentlichen Vergabe:** Ein vergabespezifischer Mindestlohn beschneidet die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und trägt zu einer Verteuerung der Aufträge bei. Die Dokumentation verursacht zusätzlichen bürokratischen Aufwand, insbesondere, wenn Unternehmen Aufträge in verschiedenen Bundesländern mit jeweils länderspezifischen Mindestlohnregeln umsetzen müssen. Die Verpflichtung zu zahlreichen Sozial- und Umweltaspekten erhöht diesen hohen Zeit- und Kostenaufwand für Unternehmen und Behörden zusätzlich. Kleinere und mittelständische Betriebe mit geringen Verwaltungskapazitäten werden durch nicht praktikable Anforderungen faktisch vom Vergabeverfahren ausgegrenzt.



## 6. Generationengerechter Haushalt

Bremen kommt strukturell nicht mit seinem Geld aus. Das Land weist bundesweit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Der Schuldenberg wuchs bis Ende des Jahres 2022 um weitere 687 Millionen Euro auf knapp 23 Milliarden Euro. Angesichts steigender Zinsen und zunehmender Tilgungslasten ist dies eine enorme Belastung für künftige Generationen.

Ohne Zweifel: Die Corona- sowie die Energiekrise haben die Bremer Wirtschaft und die Politik vor ungeahnte Herausforderungen gestellt, die große finanzielle Kraftanstrengungen erforderlich gemacht haben. Doch das Problem ist nicht, dass zu wenig Geld für den Staat vorhanden ist. Das Problem ist, dass es in den dysfunktionalen Verwaltungen versickert, wegen langwierigen Genehmigungsstaus nicht in Investitionen fließen kann und für unproduktive Ideologiprojekte ausgegeben wird. Es braucht jetzt eine klare Prioritätensetzung. Eine solide Haushaltsführung schafft erst den nötigen finanziellen Spielraum, der Investitionen und eine effektive Krisenpolitik möglich macht.

- **Ein klares Bekenntnis zur Schuldenbremse:** Dass Bremen in der aktuellen Krise überhaupt noch handlungsfähig ist, geht auf den finanziellen Puffer durch den Konsolidierungskurs des vergangenen Jahrzehnts zurück. Die Schuldenbremse stärkt das Vertrauen der Bürger und Unternehmer in eine solide Finanzpolitik und trägt damit zu mehr privaten Investitionen in Bremen bei.
- **Eine Konzentration auf staatliche Kernaufgaben:** Bremen muss klare Schwerpunkte in bei der Ausgabenpolitik setzen: Priorität besitzen Bildung (Kita, Schulen und Hochschulen), Verkehr und Infrastruktur, Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Innere Sicherheit (Polizei und Justiz). Es gehört zu verantwortungsvoller Politik, sich auch unbequemen Diskussionen über Priorisierung, Verteilung oder notwendige Einsparungen zu stellen, anstatt lediglich Geschenke an die eigene Wählerklientel zu verteilen.
- **Eine vereinfachte Grundsteuer:** Bremen hat sich bei der Grundsteuerreform für das kostentreibende Scholz-Modell entschieden. Unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik sieht anders aus. Ein wertabhängiges Modell verursacht unnötige Bürokratie und ist kosten- sowie streitanfällig. Die bessere Alternative: ein transparentes, simples wertunabhängiges Flächenmodell.
- **Eine Stärkung des Pensionsfonds:** Um gerade im finanziell angeschlagenen Bremen die Pensionen der Beamten langfristig zu sichern, muss der geplante schrittweise Abbau der Pensionsrücklage (ca. 500 Mio. Euro) beendet werden. Angesichts künftiger Pensionslasten in Höhe von rund 20 Mrd. Euro ist es unverantwortlich, bestehende Absicherungen aufzulösen.
- **Rekommunalisierung zurückfahren:** Die vom Senat vorangetriebene Politik der Rekommunalisierung (z. B. Müllabfuhr und Straßenreinigung) muss zurückgefahren werden. Die Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass auch private Anbieter die nötigen Qualitätsanforderungen erfüllen.
- **Privatisierung der Geno:** Seit 2016 sind fast eine halbe Milliarde Euro an öffentlichen Geldern in die kommunalen Kliniken geflossen. Die Geno braucht endlich ein transparentes und nachhaltiges Finanzierungskonzept. Gelingt dies nicht, sollte der Klinikverbund privatisiert werden.

# Fazit

Bremen ist eine großartige Stadt und es gibt ausreichend Ansätze, daraus eine moderne und hochattraktive Großstadt zu machen. Als Familienunternehmer sind wir bereit anzupacken und in den Dialog mit der Politik zu gehen, was wo besser werden kann. Bremen braucht einen echten ReStart: Mit einem Mentalitäts- und Politikwechsel sowie einem Senat, der die Wirtschaft als Partner versteht!

Am 14. Mai 2023 hat jeder Bremer Bürger die Wahl!

# NEIN ZUR AUSBILDUNGSABGABE!

## DIE FAMILIENUNTERNEHMER UND DIE JUNGEN UNTERNEHMER IN BREMEN FORDERN KURSWECHSEL

Nach Willen des Senats sollen alle Bremer Unternehmen bis zu 0,3 Prozent ihrer jährlichen Bruttolohnsumme abgeben. Mit diesen Mitteln soll die betriebliche Ausbildung gefördert werden.

**DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern den Stopp des Vorhabens!** Obwohl der ein oder andere von uns gar etwas mehr Geld aus dem Fonds herausbekäme als er einzahlt, halten wir die Ausbildungsabgabe weiterhin für grundfalsch!

**Wir Familienunternehmer wissen aus eigener Erfahrung:** Der Ausbildungsmarkt ist mittlerweile ein Bewerbermarkt. Oft müssen wir uns bei Interessenten bewerben – entsprechend stellen wir uns auf. Wir wissen selbst am besten, was zu tun ist: Wir sind in sozialen Netzwerken und auf Messen aktiv oder schaffen Benefits für Azubis. Dafür benötigen wir keine Zuwendungen des Staates.

**Wir erwarten, dass die Politik stattdessen ihre Hausaufgaben bei der Bildungs- und Zuwanderungspolitik anpackt!** Die Befürworter einer Ausbildungsabgabe müssen die zahlreichen Punkte, die eindeutig gegen diese sprechen, endlich zur Kenntnis nehmen:

- **Die Abgabe hat mit der Realität auf dem Ausbildungsmarkt nichts zu tun:** Es fehlen Bewerber! 2022 gab es in Bremen ca. 1000 mehr Ausbildungsstellen als Bewerber.
- **Den Unternehmen fehlen ausbildungsfähige oder – willige Bewerber.** Ein großes Problem ist das Bremer Bildungssystem, das in bundesweiten Vergleichsrangings seit Jahren weit hinten liegt und die höchste Schulabbrecherquote aufweist. Viele Betriebe müssen deshalb mit Nachschulungen die Ausbildungsreife der Bewerber nachholen.
- **Die Abgabe erhöht die Kosten und Bürokratie gerade für mittelständische Familienunternehmen und schafft mehr Bürokratie.** Übrigens auch für die Verwaltung: Das Land rechnet mit bis zu 42 Millionen Euro plus Verwaltungs- und Personalkosten.
- **Es braucht keinen Extra-Landestopf für Maßnahmen der Berufsorientierung.** Die Angebote der Agentur für Arbeit sind ausreichend und werden gemeinsam mit Jugendberufsagentur und Unternehmen organisiert und weiterentwickelt.
- **Die Abgabe kann dem Fachkräftemangel nicht entgegenwirken.** Das Demographie-Problem kann nur durch familienfreundliche Politik, vermehrte Zuwanderung und gute schulische Bildung gelöst werden.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Bremen stehen für konstruktive Gespräche zur Verfügung und ziehen gemeinsam mit der Politik gerne an einem Strang, damit sich in Bremen wirklich etwas verbessert!

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER sind Teil  
des Aktionsbündnisses »Ja zu besserer Bildung – Nein zur Ausbildungsabgabe!«  
[www.nein-zur-ausbildungsabgabe.de](http://www.nein-zur-ausbildungsabgabe.de)

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.  
DIE JUNGEN UNTERNEHMER  
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin  
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390  
kontakt@familienunternehmer.eu | kontakt@junge-unternehmer.eu  
**www.familienunternehmer.eu | www.junge-unternehmer.eu**

Illustration (Vorderseite): IStockphoto | TongSur